

## **9. Die Europapolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union**



# Belgien

Christian Franck\*

Die Europapolitik in der zweiten Jahreshälfte 2019 war vor allem von der Besetzung europäischer Spitzenposten geprägt. Am 1. Dezember 2019 haben zwei führende Persönlichkeiten der belgischen Regierung Ämter in der EU übernommen: Charles Michel, seit Oktober 2014 belgischer Premierminister, wurde Präsident des Europäischen Rates; Außen- und Verteidigungsminister Didier Reynders übernahm die Ressorts Justiz und Verbraucherschutz in der neu besetzten Europäischen Kommission unter Präsidentschaft von Ursula von der Leyen. Reynders ist auch für die Stärkung von rechtsstaatlichen und demokratischen Standards in den Mitgliedstaaten verantwortlich.

Der Wechsel an die Spitze der EU-Institutionen hatte Auswirkungen auf die belgische Politik: Um sich auf sein neues Amt vorzubereiten, trat Charles Michel am 27. Oktober 2019 zurück und von der 45 Jahre alten Sophie Wilmès, französischsprachig, liberal und vormals Ministerin für Haushalt, als erste weibliche Premierministerin abgelöst. Am 30. November 2019 übernahm Philippe Goffin, ein 53-jähriger Abgeordneter im Föderalen Parlament, die Ressorts Außen- und Verteidigungspolitik von Didier Reynders.

Nach den Parlamentswahlen vom 26. Mai 2019, die gleichzeitig mit den Europa- und Regionalwahlen abgehalten wurden, verhinderte die Blockadehaltung insbesondere der französischsprachigen Sozialistischen Partei und der flämischen nationalistischen Partei Nieuw-Vlaamse Alliantie (NVA) die Bildung einer neuen, voll funktionsfähigen Regierung. Wie die Regierung Michels bleibt die Regierung von Wilmès seit der Regierungskrise vom Dezember 2018 eine Minderheitsregierung (38 von 150 Sitzen), die für das politische Alltagsgeschäft zuständig ist, jedoch weder neue politische Großprojekte formulieren noch Gesetzesvorhaben einbringen kann. Besagtes Alltagsgeschäft hat jedoch einen gewissen Handlungsspielraum auf europäischer und internationaler Ebene ermöglicht, der es erlaubt, die Interessen des belgischen Staates zu wahren.

Unter dem Eindruck der durch die Covid-19-Pandemie ausgelösten Krise sprach jedoch Ende März 2020 eine große Mehrheit im Parlament der Regierung das Vertrauen aus und räumte ihr besondere Befugnisse ein, um bis Ende Juni 2020 die notwendigen Maßnahmen für die öffentliche Gesundheit, die öffentliche Ordnung, den Schutz der Wirtschaft und die Bewältigung sozialer Probleme zu ergreifen.<sup>1</sup> So veröffentlichte die belgische Premierministerin am 25. März 2020 zusammen mit acht ihrer EU-KollegInnen den Brief der Neun, der weitreichendere Maßnahmen, einschließlich der Vergemeinschaftung von Schulden, befürwortet, um die Krise ausgelöst durch die Covid-19-Pandemie zu bewältigen. Die Regierung Wilmès musste auch über die Rücknahme der belgischen Grenzsicherungen entscheiden und Stellung zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 bis 2027 sowie dem Wiederaufbauplan der Europäischen Kommission „Next Generation EU“ beziehen, der am 27. Mai 2020 vorgeschlagen wurde.

---

\* Übersetzt aus dem Französischen von Benedict Heidgen und Jana Schubert.

1 Vertrauensabstimmung am 19. März 2020 und Abstimmung der Sondervollmachten am 26. März 2020. Diese geben der Regierung die besondere Befugnis, Gesetze per Dekret zu erlassen. Die Sondervollmachten liefen am 30. Juni 2020 aus.

## Die Rolle Belgiens auf der europäischen Bühne

Am 12. und 13. Dezember 2019 tagte der Europäische Rates erstmals unter dem Vorsitz von Charles Michel. Die Tagung kann als Erfolg gesehen werden. Sie brachte eine Einigung über die angestrebte EU-Klimaneutralität bis 2050 hervor, wobei sich jedoch Polen weigerte, einer Umsetzung zuzustimmen. Während Charles Michel proklamiert, einen „Friedensvertrag mit der Natur, mit dem Planeten“<sup>2</sup> unterzeichnet zu haben, werden sich die nächsten Schritte schwieriger gestalten.

Die Tagung des Europäischen Rates am 21. und 22. Februar 2020 konnte die MFR-Verhandlungen nicht zum Abschluss bringen. Das Europäische Parlament hatte eine Obergrenze von 1,3 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) vorgeschlagen, die Kommission 1,11 Prozent, und die „Sparsamen Vier“ (Niederlande, Österreich, Schweden, Dänemark und später auch Finnland) wollten am Status quo von 1 Prozent festhalten. Übermäßig optimistisch glaubte Charles Michel, einen Vorschlag von 1,07 Prozent durchsetzen zu können, musste jedoch nach zwei langen Verhandlungstagen zugeben, dass es keine Möglichkeit gegeben habe, zu einer Einigung zu kommen.<sup>3</sup>

Ab März 2020 wurden die Sitzungen des Europäischen Rates per Videokonferenz abgehalten, ohne persönliche Interaktion zwischen den AkteurInnen. Die Finanzierung des EU-Wiederaufbauplans zur Überwindung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie führte zu einer Spaltung zwischen den BefürworterInnen gemeinschaftlicher Schulden – Frankreich, Italien, Spanien und letztendlich auch Deutschland – und den „Sparsamen Vier“ angeführt vom Niederländer Mark Rutte und vom Österreicher Sebastian Kurz. Diese bewerteten den mit 750 Mrd. Euro ausgestatteten Wiederaufbaufonds als zu umfangreich, insbesondere da er hauptsächlich aus Zuschüssen bestehen sollte. Die Aufgabe von Charles Michel wird dadurch erschwert, dass die Finanzierung des Konjunkturprogramms durch den MFR erfolgt, der somit bis zu 2 Prozent des BNE der EU betragen könnte. Er muss für beide gleichzeitig eine Einigung erzielen. Dies ist für den Präsidenten des Europäischen Rates umso schwieriger, als sich viele AkteurInnen seit Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft am 1. Juli 2020 vor allem der deutschen Bundeskanzlerin zuwenden, um einen Kompromiss zu schmieden.

Innerhalb der Europäischen Kommission übernimmt Reynders das Ressort Justiz und Verbraucherschutz, das während der Juncker-Kommission von der Tschechin Věra Jourová verantwortet worden war. Als Vizepräsidentin für das Ressort „Werte und Transparenz“ in der neuen Kommission teilt sich diese nun den Aufgabenbereich der Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Werte innerhalb der Union mit dem belgischen Kommissar; ein Thema, das immer wieder Gegenstand von Spannungen mit Budapest und Warschau ist. Während Jourová insbesondere in die Konferenz zur Zukunft Europas, die Weiterentwicklung demokratischer Prozesse und die Europäische Bürgerinitiative eingebunden ist, koordiniert Reynders den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus und das Vorgehen gegen Verstöße gegen diesen. Im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie erforderte zudem die Frage der Rückerstattung von Flugtickets im Falle einer Flugannullierung den Einsatz des belgischen Kommissars unter dem Stichwort des Verbraucherschutzes.

Für einen weiteren Posten, den Vorsitz der Konferenz zur Zukunft Europas, ist der Name eines anderen ehemaligen belgischen Premierministers im Umlauf: Guy Verhofstadt

---

2 Zitiert nach Maria Udrescu/Olivier le Bussy: Nous avons signé un traité de paix avec la planète, in: *La Libre Belgique*, 22.12.2019 (eigene Übersetzung).

3 Maria Udrescu/Olivier le Bussy: Les Vingt-Sept ne sont pas parvenus à concilier tout et son contraire, in: *La Libre Belgique*, 22.12.2019.

(Flämische Liberale und Demokraten). Die Konferenz sollte im Mai 2020 eröffnet werden, wurde aber durch die Covid-19-Pandemie verschoben. Verhofstadt, der den EU-Verfassungsprozess 2001 mit der Erklärung von Laeken einleitete, würde sich selbst gerne als Architekt eines historischen Fortschritts der europäischen Integration sehen. Seine Kandidatur stößt auf Zurückhaltung, vor allem in der Europäischen Volkspartei (EVP), da ein zu starker Einsatz Verhofstadts befürchtet wird.<sup>4</sup>

### **Ausgangsbeschränkungen und Grenzen**

Angesichts der sich ausbreitenden Covid-19-Pandemie hat Belgien am 19. März 2020 Ausgangsbeschränkungen verhängt. Dies betraf die Schließung von Schulen, Geschäften (mit Ausnahme von Lebensmittelgeschäften und Apotheken), den meisten Unternehmen sowie Beschränkungen von sozialen Kontakten. Die Pandemie hat Belgien hart getroffen: Bis zum 27. Juni 2020 wurden 61.295 Fälle und 9.732 Todesfälle registriert,<sup>6</sup> bei einer Bevölkerung von 11 Mio. Menschen. Die sehr hohe Zahl der Todesfälle, mehr als die Hälfte davon in Pflegeheimen, ist darauf zurückzuführen, dass Todesfälle, die nicht eindeutig durch andere Krankheiten verursacht wurden, mit Todesfällen durch SARS-CoV-2 gleichgestellt wurden.

Vom 20. März bis zum 15. Juni 2020 waren die Grenzen zu anderen EU-Ländern geschlossen. Belgien plädierte dafür, diese im Rahmen einer europäischen Initiative erneut zu öffnen. Für Außenminister Philippe Goffin sollte diese Koordinierung auch die Lieferung von medizinischer Ausrüstung betreffen, bei der es einen großen innereuropäischen Konkurrenzdruck gegeben habe und bei der die Abhängigkeit der Union von Drittländern stark spürbar gewesen sei. Er fordert daher die Bildung von strategischen Reserven bestimmter noch zu definierender Produkte.<sup>7</sup> In die gleiche Richtung gehend, unterzeichnete Premierministerin Wilmès zusammen mit fünf anderen EU-Staats- und Regierungschefs eine Aufforderung an die Europäische Kommission, die Union mit Medikamenten, Impfstoffen und medizinischer Ausrüstung auszustatten und eine Arbeitsteilung für die Herstellung und Lagerung wichtiger Vorräte zu organisieren.<sup>8</sup>

Die Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft werden schwerwiegend sein. 2020 wird ein Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um 8,5 Prozent sowie ein Anstieg der Arbeitslosigkeit um 9,5 Prozent, des öffentlichen Defizits um 7,5 Prozent und der Gesamtverschuldung auf 115 Prozent erwartet.<sup>9</sup> Dies zeigt die Bedeutung des EU-Konjunkturprogramms, das sich auf den mehrjährigen Finanzrahmen stützen wird.

### **Flexible Position zum Haushalt**

Bezüglich des MFR gehört Belgien nicht zur Gruppe der „Sparsamen“, die an der Marke von 1 Prozent des BNE festhalten. Es ist bereit, einen höheren Beitrag zu leisten, jedoch nicht die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen 1,11 Prozent.<sup>10</sup> Sophie Wilmès erklärt den belgischen Standpunkt wie folgt: „Wir können nicht weiterhin alte

4 Bart Beirlant: Tegenwind uit EVP-hoek voor Verhofstadt, in: De Standaard, 27.11.2019.

6 Info Radio Télévision Belge (RTBF), 27.6.2020 11:55 Uhr.

7 Philippe Goffin: Pour la réouverture des frontières, la coordination européenne ne fonctionne pas, in: La Libre Belgique, 7.6.2020.

8 Léonor Hubaut: l'Europe veut mutualiser ses réponses épidémies, in: Le Figaro, 11.6.2020. Die anderen UnterzeichnerInnen sind der französische Präsident, die deutsche Bundeskanzlerin sowie der polnische, spanische und die dänische MinisterpräsidentIn.

9 Von der belgischen Zentralbank und vom Planungsbüro im April 2020 bereitgestellte Zahlen.

10 Lily Bayer: The EU'S Budget Tribes, Explained, in: Politico, 7.11.2019.

europäische Politiken und neue Prioritäten finanzieren und gleichzeitig weniger an den europäischen Haushalt zahlen, angesichts der Tatsache, dass ein Nettozahler (das Vereinigte Königreich) ausgetreten ist.“<sup>11</sup> Die belgische Seite verteidigt zudem die Höhe der MFR-Mittel für die Gemeinsame Agrarpolitik, die die Europäische Kommission unter 30 Prozent senken will. Beibehalten will Belgien ebenso den 20-prozentigen Abzug für die Verwaltungskosten der Zollerhebung, welche an den EU-Haushalt abgeführt wird,<sup>12</sup> insbesondere da die Aussicht auf eine vorerst ausbleibende Regelung der vertraglichen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich nach Ablauf der Übergangsfrist im Dezember 2020 die Anforderungen an die belgischen ZollbeamtenInnen in den Häfen von Antwerpen und Zeebrügge erhöhen dürfte. Belgien als Nettozahler<sup>13</sup> ist sich bewusst, dass es weniger EU-Mittel, insbesondere aus den Kohäsionsfonds, erhalten wird und gleichzeitig seine Beitragszahlungen erhöhen muss. Belgien fordert jedoch ein Gleichgewicht bezüglich der von allen Seiten geforderten Anstrengungen und unterstützt die Abschaffung der Rabatte auf Beitragszahlungen der Nettozahler, welche insbesondere Deutschland, den Niederlanden und Österreich gewährt werden, um den 1984 durch Margaret Thatcher eingeführten britischen Rabatt auszugleichen. Auch die Idee der Einführung neuer EU-Eigenmittel kommt der belgischen Regierung entgegen.

### **Die Position zu „Next Generation EU“**

Am 25. März 2020 riefen neun Staats- und Regierungschefs der EU,<sup>14</sup> darunter Sophie Wilmès, Charles Michel in einem Brief zu starken Maßnahmen für die Bewältigung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf, einschließlich eines gemeinsamen Schuldeninstruments. Die belgische Unterschrift ist mehr als eine nachdrückliche Forderung, da sie die Bereitschaft für eine weiter umstrittene Maßnahme zeigt. Die am 18. Mai 2020 vom deutsch-französischen Tandem und am 27. Mai 2020 von der Kommissionspräsidentin im Rahmen von „Next Generation EU“ aufgegriffene Vergemeinschaftung von Schulden wird begrüßt.<sup>15</sup> Die gleiche Unterstützung kam vom damaligen Finanzminister Alexander De Croo – mittlerweile Premierminister –, der sich zuvor bezüglich der Gesamthöhe und des Anteils von Darlehen und Zuschüssen flexibel zeigte. Die Regierung hofft, dass dadurch die 5,5 Mrd. Euro an Zuschüssen für Belgien etwas aufgestockt werden können.

### **Weiterführende Literatur**

Nathalie Brack/Amandine Crespy: Belgium in Search of a Stance on Today's EU Integration Dilemmas, in: Michael Kaeding/Johannes Pollack/Paul Schmidt (Hrsg.): *The Future of Europe. Views from the Capitals*, Basingstoke 2019, S. 5-8.

Vincent Laborderie: *La Belgique à l'épreuve du coronavirus*, in: *Lettre spéciale*, Fondation Schumann, 1.7.2020.

Louvain Institute of Data Analysis and Modeling in economics and statistics: *Perspectives économiques 2020 pour la Belgique*, abrufbar unter: <https://uclouvain.be/en/research-institutes/lidam/ires/news/perspectives-economiques-2020-pour-la-belgique.html> (letzter Zugriff: 12.10.2020).

---

11 Zitiert nach Udrescu/le Bussy: *Les Vingt-Sept ne sont pas parvenus à concilier*, 2020 (eigene Übersetzung).

12 Die Kommission will sie auf 10 Prozent reduzieren.

13 Für den Zeitraum 2014–2020 hat Belgien 17,95 Mrd. Euro beigesteuert und 12,6 Mrd. Euro erhalten; ein Teil der Verwaltungsausgaben der EU hat jedoch indirekte Vorteile für Belgien.

14 Die UnterzeichnerInnen sind der Präsident Frankreichs sowie die Regierungschefs von Belgien, Luxemburg, Irland, Italien, Griechenland, Spanien, Portugal und Slowenien.

15 Vincent Georis: *La Belgique soutiendra le plan de relance européen*, in: *L'Echo*, 28.5.2020.